

Substanzielles Protokoll 130. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 17.00 Uhr bis 19.22 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|------|--------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 9. | 2016/438 | A Postulat von Michael Baumer (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 07.12.2016:
Vorlage eines Aufgaben- und Finanzplans (AFP), der für das erste Jahr der AFP-Periode ein positives Budget vorsieht | FV |
| 10. | 2016/305 | Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag | FV |
| 10a. | 2016/441 | E Postulat der GLP-Fraktion vom 14.12.2016:
Personalwerbung, Publikation der Stelleninserate über digitale Medien | FV |
| 18. | 2016/433 | A Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Externe Assessments zur Personalauswahl, Einsatz erst ab der Stufe Dienstchef/Dienstchefin | FV |
| 22. | 2016/439 | E Postulat von Walter Angst (AL) vom 07.12.2016:
Erneute Prüfung der Budgets- bzw. Rechnungs-Plafonds für die IT-Ausgaben | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2528. 2016/438

Postulat von Michael Baumer (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 07.12.2016: Vorlage eines Aufgaben- und Finanzplans (AFP), der für das erste Jahr der AFP-Periode ein positives Budget vorsieht

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Baumer (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2506/2016): Wir haben einige Zeit über den Aufgaben- und Finanzplan debattiert. Wir können uns vermutlich darauf einigen, dass es nicht Sinn und Zweck der Budgetdebatte im Dezember sein kann, massive Änderungen zu vollziehen, die sich bereits auf den Januar auswirken. Korrekturen am Budget sind kaum möglich. Jetzt liegt der Aufgaben- und Finanzplan vor. Im ersten Jahr dieser AFP-Periode sehen wir ein Defizit in Höhe von 133 Millionen Franken. Es handelt sich nicht nur um einen Finanz-, sondern auch um einen Aufgabenplan. Das ist richtig. Leider ist nicht aufgelistet, mit welchen Massnahmen der Stadtrat das Defizit reduzieren möchte. Nach Gemeindegesetz liegt es in der alleinigen Kompetenz des Stadtrats, den AFP zu verabschieden. Wir dürfen ihn nur zur Kenntnis nehmen. Wir haben zugestimmt, dass wir keine Erklärungen zum AFP brauchen, um ihm zustimmen zu können. Dies bedeutet aber auch, dass der Stadtrat seine Führungsaufgabe wahrnehmen soll. Wenn der Stadtrat uns den AFP vorlegt, soll er uns gleichzeitig seine Massnahmen vorlegen, die es seiner Ansicht nach braucht, um ausgeglichen budgetieren zu können. Meist sind es Entscheide, die in der Kompetenz des Gemeinderats oder der Gemeinde liegen. Umso mehr ist es nötig, dass die Weisungen gleichzeitig vorgelegt werden. Der Kanton hat alle Massnahmen aufgelistet, die er trifft, um seine Ausgaben zu korrigieren. Das dürfen wir als Gemeinderat ebenfalls erwarten, damit der Stadtrat seine Hausaufgaben nicht erst bei der Budgetklausur im April macht, sondern im Jahr vorher. Wir brauchen für die kommenden Jahre Handlungsspielraum. Es ist sinnvoll, sich das Ziel zu setzen, für 2018 bereits im Jahr vorher ausgeglichen zu budgetieren, beziehungsweise die entsprechenden Massnahmen zu präsentieren.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat stellt sich dieser Diskussion über den AFP. Das haben wir immer klar gesagt. In früheren Jahren wurden Aussagen zum AFP getroffen. Diese nehmen wir ernst. Wir beantragen, das Postulat aus folgenden Gründen nicht zu überweisen: Wir haben immer wieder klargemacht, dass wir die Finanzen ernst nehmen. Wir wollen eine ausgeglichene Rechnung, wir wollen den städtischen Finanzhaushalt im Gleichgewicht haben. Wir sind aber auch der Ansicht, dass fixe, statische Regeln nicht hilfreich sind. Uns war unklar, ob die FDP mit der AFP-Periode die Periode von vier Jahren meint oder das erste Jahr nach dem Budget. Das ist uns nun klargeworden. Wir können also ein negatives Budget vorlegen, Hauptsache das erste Planjahr fällt positiv aus. Das wäre seltsam. Zweitens ist es so, dass es Situationen geben kann, in denen es

beispielsweise wegen der Wirtschaftslage Einbrüche gibt. Als die Steuern gesenkt wurden, weil man so viel Eigenkapital hatte, führte dies zu einer negativen Rechnung. Die Fixierung auf ein Jahr ist auch dadurch, dass aufgezeigt wurde, dass zwischen AFP und Rechnung eine Differenz besteht, nicht zielführend. Hätten wir einen Gewinn von 300 Millionen Franken, hätten aber nur 200 Millionen budgetiert, würde die Diskussion anders laufen. Wir erachten es als zu grosse Einschränkung, dass verlangt wird, dass die Differenz im ersten Planjahr Null betragen muss.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Die Differenz zwischen der Mehrheit sowie der einstimmigen RPK, die sagt, der Stadtrat müsse ein ausgeglichenes Budget vorlegen, und dem Postulat, ist, dass hier versucht wird, in die Finanzplanung einzugreifen. Wir haben in der RPK ausreichend über die Aufgabenverteilung diskutiert. Wenn der AFP für das erste Planjahr vom Stadtrat ausgeglichen vorgelegt werden muss, muss der Stadtrat Vorgaben für Departemente erarbeiten, welche eine Änderung der heutigen Planungsprozesse zur Folge hätten. Das wäre möglich mit pauschalen Budgetierungen. Es ist fraglich, welche Massnahmen daraus resultieren würden. Es ist wichtig, dass wir darüber sprechen, welche Massnahmen ergriffen werden in Bereichen, in denen wir als Gemeinderat die Budgetkompetenz besitzen. Die Vorstellung der FDP ist, dass der Stadtrat im September 2017 ein Budget, einen AFP und mehrere Weisungen vorlegt, die dazu führen, dass 100 oder 150 Millionen Franken eingespart werden können. Dies wird in den Spezialkommissionen diskutiert und irgendwann 2018 abgearbeitet. Diese Vorstellung ist ratsfremd. Die Spezialkommissionen werden sich nicht an die Weisung der RPK oder des Stadtrats halten. Es ist ein Postulat, welches das Ziel nicht erreicht. Wenn der Stadtrat beauftragt würde, Budgets vorzulegen, die ohne Korrekturen ausgeglichen sind, dann würden wir das Postulat unterstützen.*

Shaibal Roy (GLP): *Die GLP ist der Ansicht, dass finanzpolitische Massnahmen nötig sind. Wenn diese entsprechend beantragt und umgesetzt werden, wirken sie sich nicht nur auf das nächste Budget aus, sondern haben auch auf mittelfristiger Basis Auswirkungen. Dies würde bedeuten, dass auch im Planbudget ein entsprechend ausgeglichenes Budget eingeplant werden kann. Das ist eine Forderung, die nur so erreicht werden kann, dass langfristig greifende Massnahmen vorgeschlagen werden. Diese müssen vom Parlament unterstützt werden. Wenn diese vom Parlament entsprechend unterstützt werden, wirken sich diese Massnahmen nicht nur auf ein Jahr aus, sondern sind strukturell. Im Postulat geht es darum, nicht nur auf das nächste Budget zu planen, sondern mit strukturellen Massnahmen, die sich im AFP niederschlagen.*

Roger Liebi (SVP): *Persönlich bin ich geteilter Ansicht. Es widerspiegelt aber den Willen der meisten Parteien – ausser den Sozialdemokraten und den Grünen – dass ein ausgeglichenes Budget gefordert wird. Walter Angst (AL) hat dies ebenfalls bestätigt. Damit mindestens diese Ziele erreicht werden können, wäre das Postulat ein gangbarer Weg. Durch das neue Gemeindegesetz würden wir ein sinnvoller Instrument bekommen. Innerhalb von fünf bis acht Jahren muss ein Budget, beziehungsweise eine Rechnung ausgeglichen sein. Dies wird ohnehin dazu führen, dass wir uns auf diesbezügliche Debatten einrichten müssen. Die längerfristige Planung wird wichtiger. Da ich alle Parteien, die ein ausgeglichenes Budget fordern, mit in die Pflicht nehmen möchte, unterstütze ich dieses Postulat.*

Dr. Davy Graf (SP): *Michael Baumer (FDP) sagte, der Kanton mache seine Hausaufgaben. Dies ist leider nicht zutreffend. Die Stadt hat keine Untertanen, sondern nur Einwohnerinnen und Einwohner. Wir können letztlich nichts weiterdelegieren, sondern müssen unsere Probleme selbst lösen. Der Kanton hat hier einfaches Spiel. Die SP wird*

das Postulat ablehnen. Es entspricht nicht der Natur des AFP, im Hinblick auf das erste Jahr der Periode geschönt zu werden. Stefan Urech (SVP) sprach vorhin von Budget-Kosmetik. Bei diesem Antrag handelt es sich um AFP-Kosmetik. Man kann nicht seriös arbeiten, wenn der AFP zusammengeflickt wird, damit er auf dem Papier stimmt, es aber dennoch anders kommt. So kann man auch nicht seriös planen. Es würde die Budgetdebatte sprengen, wenn wir alle Weisungen vorziehen müssten. Das Verständnis vom AFP bei der FDP ist problematisch. Severin Pflüger (FDP) schreibt, die Stadt investiere jährlich eine Milliarde Franken. Diese Milliarde ist im AFP enthalten, in der Rechnung sind es nur noch 600 Millionen Franken. Der AFP ist eine Prognose, es ist ein Instrument, mit dem die Verwaltung Massnahmen einplanen und sortieren kann. Der AFP ist eine Art Scheinriese. Wenn man sich diesem Scheinriesen annähert, wird er immer kleiner, bis er zum Budget wird und wir feststellen, dass der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht hat. In der Verwaltungsrechnung erfahren wir, dass die Verwaltung gut gearbeitet hat. Bei der Rechnung schliesslich ist der Scheinriese nicht mehr bedrohlich, sondern ein Freund.

Michael Baumer (FDP): Ich bin von Stadtrat Daniel Leupi enttäuscht. Ich verstehe nicht, was gegen dieses Postulat spricht. Über das Votum von Dr. Davy Graf (SP) bin ich entsetzt. Er hat uns erklärt, dass die Finanzplanung in der Stadt daraus besteht, dass alle Wünsche sämtlicher Dienstabteilungen aufgelistet werden. Der AFP dient dazu, Handlungsfelder zu erkennen. Stadtrat Daniel Leupi hat klargestellt, dass die Vorstellung der SP nicht zutreffend ist. Selbstverständlich müssen Massnahmen vom Gemeinderat bewilligt werden. So ist es auch beim Kanton. Der Kantonsrat war nicht über alle Massnahmen erfreut. Er musste die Massnahmen analysieren und darüber abstimmen. Hier im Gemeinderat wäre es nicht anders. Dies hat nichts mit der Kompetenz von Spezialkommissionen zu tun. Es wäre richtig, bei künftigen Planungen Korrekturmassnahmen frühzeitig anzugehen.

Das Postulat wird mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.
b. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2017 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 11 097 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2017 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2015/263, von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 19. August 2015 betreffend Globalbudget Museum Rietberg, Festlegung der Steuerungsvorgabe «Besuchszahlen Gesamtmuseum» auf der Grundlage der von externen Besuchern bezahlten Eintritten, wird als erledigt abgeschlossen.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2017 wird genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
9. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2017 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2017, Entwurf des Stadtrats vom 14.09.2016
- Produktgruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 14.09.2016
- Novemberbrief vom 09.11.2016
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 05.12.2016
- Anträge der RPK vom 05.12.2016, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

Eintreten ist unbestritten.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/307, Sitzung 129 vom 14. Dezember 2016, Beschluss-Nr. 2514/2016.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 22 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Dieser Antrag ist der Höhepunkt der ganzen Budgetdebatte. Es handelt sich um den Lohn- und Personalkontoantrag, in dem die Konten und Ämter enthalten sind, die seit Jahren wachsen und heute personell überdotiert sind. Wer bei dieser Streichung von insgesamt 40 Millionen Franken mitmacht, hilft, das Steuer herumzureissen. Ich weiss, dass Sie nicht mitmachen werden. Deshalb habe ich Sie als Budget-Kosmetikstudio bezeichnet. Diejenigen Anträge, die wir danach behandeln werden, betreffen lediglich Budgetkosmetik. Bei diesem Antrag können wir das Steuer herumreissen. Es tut nicht weh. Die Quartierkoordination, staatliche Restaurants, staatliche Discos, Sofa-Workshop-Intensivgruppen und Weitere sind darin enthalten. Peter Schick (SVP) und ich sind neu in der RPK. Wir wurden gut aufgenommen und haben hilfreiche Tipps erhalten. Man hat uns gesagt, dass wir bei Kürzungen genau hinschauen müssten. Es gibt Departemente, die sich an die Stellenplafonierung gehalten haben. Wir haben unserer Fraktion diese Nachricht mitgegeben und gesagt, man müsse genau hinschauen. Wir haben einen Rückblick auf die letzten 10 Jahre durchgeführt. Wir haben geschaut, welche Departemente sich an die Stellenplafonierung gehalten haben. Die hier aufgelisteten Departemente haben sich nicht daran gehalten. Die zentrale Verwaltung HDB und das Amt für Städtebau verzeichnen zum Beispiel ein Stellenwachstum um 30 %. Das Amt für Hochbau verzeichnet einen Stellenzuwachs um 50 % und das Schulamt gibt drei Mal so viel Geld aus wie vor 10 Jahren. Es gibt Schulsozialarbeiter, Heilpädagogen, Schulpsychologen und weitere neu geschaffene Positionen. Bei den Lehrpersonen wollen wir nicht sparen, das haben wir auch klar geschrieben. Wir setzen uns ein für einen starken Klassenlehrer, der die Klasse führt und nicht pro Klasse acht Begleitpersonen braucht, um die Klasse zu führen. Darum können Sie diesem Antrag ohne schlechtes Gewissen zustimmen.

Walter Angst (AL): Die SVP vertiefte sich in das Parteiprogramm und kam zum Schluss, dass wir im Hochbau, in der Schule und im Sozialen 40 Millionen Franken einsparen können. Dann könnten wir auch die Steuern senken. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Programm bedeutet, dass man sofort zu Entlassungen schreiten muss. Die Fluktuation ist um ein vielfaches tiefer. Dann müssten wir bei den Abfindungen einige Millionen Franken zusätzlich einstellen. Dieser Antrag entspricht dem Programm der SVP und richtet sich an die Alten, Kranken und die Sicherheit und gegen Bildung, Arme und Architekten.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Das Stellenwachstum in der Stadt ist tatsächlich ein Problem. Wir haben jahrelang über Plafonierungen diskutiert. Deshalb hegen wir grosse Sympathie für den Antrag. Tatsächlich ist es so, dass wir bei einer Umsetzung nicht 10 %, sondern 20 % streichen würden, weil man erst ab der zweiten Jahreshälfte Entlassungen aussprechen kann. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate. Deshalb werden wir uns enthalten. Wir haben ein anderes Konzept, das wir bei Antrag 19 begründen werden.

Christoph Marty (SVP): Der Stadtrat hat es trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe nicht zustande gebracht, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Das, was uns vorgelegt wurde, kann auch mit viel gutem Willen nur als ungeeignet bezeichnet werden. Ich empfinde es als Demonstration des absoluten Unwillens und der absoluten Inkom-

petenz des Stadtrats und der linken Ratsmehrheit, sich von dieser Schuldenwirtschaft abzuwenden. Leider hat die linke Ratshälfte beschlossen, auf das Schönwetterkonzept einzutreten. Wir müssen retten, was sich noch retten lässt. Die Verwaltung wächst stetig, die Anzahl städtischer Angestellter wächst. Die damit verbundene Kostenexplosion steht in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum. Wie sich dem AFP entnehmen lässt, reichen die rekordhohen Steuereinnahmen knapp dazu, um die Armee der Verwaltungsangestellten zu finanzieren. Wie die Finanzierung dieses aufgeblasenen Apparats bewältigt werden soll, sollte die aktuelle Hochkonjunktur gedämpft werden, wissen wir nicht. Die aktuelle politische Konstellation erlaubt es nicht, die Sanierung der sozialdemokratischen Misswirtschaft als Ganzes in Angriff zu nehmen. Wenden wir uns also den Details zu. Wir sind überzeugt, dass das Hochbaudepartement, die Zentrale Verwaltung und die Immobilienverwaltung mit erheblich weniger Personal auskommen könnten. Es wäre an der Zeit, den Nutzen des Amts für Städtebau grundsätzlich zu hinterfragen. Diese Amtsstelle war früher nicht notwendig. Auf diese Form der Ressourcenverschwendung können wir in der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht einwirken. Wie wollen Sie verhindern, dass der Schuldenberg, den wir der nächsten Generation weitergeben werden, weiterwächst? Sie haben es jetzt in der Hand, die ungünstige Entwicklung abzufedern. Auch bei anderen Verwaltungsstellen sind Einsparungen nur im homöopathischen Bereich vorgesehen. Heute wird fast ausschliesslich von einem ausgeglichenen Budget gesprochen. Wir haben einen gewaltigen Schuldenberg, den wir aktuell praktisch zinsfrei bewirtschaften können. Wir befinden uns in einer Hochkonjunkturphase. Dennoch schaffen es die Steuereinnahmen knapp, die Einnahmen und Ausgaben halbwegs im Gleichgewicht zu halten. Wann würden Sie es als richtig erachten, die Schuldenlast zu reduzieren?

S. --- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3010 0000 **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		40 172 400		Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent, Peter Schick (SVP)
				Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Nach jahrelangem Wachstum die personelle Überdotierung korrigieren, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3010 0000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals					SVP
Nach jahrelangem Wachstum die personelle Überdotierung korrigieren					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
4000	HBD Zentrale Verwaltung	4 218 100	0	421 800	3 796 300
4015	Amt für Städtebau	11 104 300	0	1 100 000	10 004 300
4020	Amt für Hochbauten	16 247 100	0	1 642 500	14 604 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	32 526 100	0	3 252 600	29 273 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	5 532 400	0	500 000	5 032 400
5010	Schulamt	179 199 700	- 985 000	15 000 000	163 214 700
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	3 725 400	0	700 000	3 025 400
5050	Schulgesundheitsdienste	15 662 200	0	1 000 000	14 662 200
5500	SD Zentrale Verwaltung	5 020 500	0	1 879 800	3 140 700
5510	Support Sozialdepartement	13 101 900	0	1 310 200	11 791 700

5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	11 753 800	0	731 000	11 022 800
5530	Kindes-/Erwachsenenschutzbehörde	9 980 000	0	998 000	8 982 000
5550	Soziale Dienste	70 740 000	0	7 074 000	63 666 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	45 624 700	0	4 562 500	41 062 200
	Total	424 436 200	- 985 000	40 172 400	383 278 800

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 21 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Auch hier haben wir uns angeschaut, wo die Kosten markant gestiegen sind. Wir wollen, dass nur noch dringend notwendige Weiterbildungen durchgeführt werden. In den Verkehrsbetrieben könnten zum Beispiel künftig keine Kulturentwicklungsprozesse durchgeführt werden. In der Schule gäbe es beispielsweise keine Weiterbildungen mehr für die Tagesschulen 2025. Diese Weiterbildungen sind verfrüht. Dasselbe betrifft Weiterbildungen zum Lehrplan 21. Für Weiterbildungen zur Qualität in multikulturellen Schulen werden 1,1 Millionen Franken ausgegeben. Für die Begabtenförderung werden 34 000 Franken ausgegeben. Dies entspricht den aktuellen Prioritäten der Stadt.

Walter Angst (AL): Die Stadt gibt 20 bis 21 Millionen Franken für Weiterbildungen aus. Im Budget sind es 24 bis 25 Millionen Franken. Dies entspricht neun bis sieben Promille des gesamten Personalaufwands. Man kann über die Art des Einsatzes des Geldes diskutieren, nicht jedoch darüber, ob das Geld notwendig ist.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit
002.	Antrag Stadtrat				
			1 490 400		Minderheit
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Nur noch dringend notwendige Weiterbildungen durchführen, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals					SVP
Nur noch dringend nötige Weiterbildungen durchführen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	1 652 400	0	327 400	1 325 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000	0	15 000	40 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	60 000	0	30 000	30 000
4020	Amt für Hochbauten	183 000	0	33 000	150 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	330 000	0	30 000	300 000

4540	Verkehrsbetriebe	1 230 100	0	255 000	975 100
5010	Schulamt	3 486 100	0	800 000	2 686 100
	Total	6 996 600	0	1 490 400	5 506 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 003. bis 005. (Postulate GR Nr. 2016/441 und 2016/433)

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Dieser Antrag ist in der RPK einstimmig. Der Antrag ist bezeichnend für die in der RPK geleisteten Arbeiten. Die RPK hat auf allen aufgeführten Konten sämtliche Details abgefragt. In Bezug auf die Personalwerbung gibt es zwei verschiedene Vorgehensweisen. Einerseits gibt es viele Dienstabteilungen, die bereits heute ihre offenen Stellen praktisch ausschliesslich auf digitalen Medien bewerben. Andererseits gibt es auch viele Dienstabteilungen, die digitale Medien zu wenig konsequent nutzen und viel zu stark auf Printmedien zurückgreifen. Printmedien sind heute für viele Stellensuchende nicht die bevorzugte Informationsquelle. Sie sind zu teuer und erreichen nicht dieselbe Reichweite. Es mag Ausnahmen geben, in denen Spezialistenstellen in entsprechenden Branchenpublikationen ausgeschrieben werden. Dieses Mittel soll nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden, wenn die Suche über digitale Medien erweisenmassen erfolglos war. Die RPK musste feststellen, dass in Bezug auf Assessments in der Stadt eine uneinheitliche Praxis herrscht. Die RPK sieht Bedarf für eine einheitliche Regelung innerhalb der Stadt. Dies ist auch in der Privatwirtschaft üblich. Deshalb sollen Assessments erst ab der Stufe Dienstchef durchgeführt werden. Die RPK beantragt den Einsatz digitaler Medien bei Stelleninseraten und andererseits eine einheitliche Handhabung von Assessments. Das ergibt eine Verbesserung von 215 000 Franken auf den nachfolgend aufgeführten Konten.

Shaibal Roy (GLP) beantragt namens der GLP-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/441 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 004. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Shaibal Roy (GLP) stillschweigend zu.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2522/2016): Eigentlich wurde das Postulat schon begründet. Ich bitte das Versäumnis zu entschuldigen. Uns ist eine einheitliche Handhabung wichtig. Der Fokus auf digitale Medien bei Stelleninseraten ist richtig. Es soll nur in Ausnahmefällen auf Printmedien zurückgegriffen werden.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Wir wissen, was passiert, wenn etwas in begründeten Ausnahmen zugelassen wird. Das können wir nicht mehr unterstützen. Wir wollen eine klare Linie. Wir sind gegen diese halbbatzige Linie. Wir wollen kompromisslos sparen und nur noch digitale Stelleninserate.

Dorothea Frei (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2501/2016). Die Praxis ist sehr unterschiedlich. Die Stadtpolizei wendet das Assessment nur auf höchster Dienstebene an, im UGZ sind drei Assessments budgetiert. Die Kosten werden einheitlich angegeben. Der Stadtrat hat ein gutes Netz von Personalverantwortlichen, die interne Assessments durchführen können. Dies kann künftig verstärkt genutzt werden.

Wir wünschen uns klare Richtlinien für externe Assessments.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir nehmen das Postulat hinsichtlich Onlinepersonalwerbung entgegen. Wir erkennen, dass in diesem Bereich Potential vorhanden ist. Ich möchte klarmachen, dass wir die Ausnahmen nicht nur in Bezug auf Spezialisten sehen. Die Stadtpolizei sagt klar, dass sie deutlich geringere Bewerbungsquoten hat, wenn sie nicht in Printmedien und in öffentlichen Verkehrsmitteln werben kann. Es ist für die Stadtpolizei zentral, aus vielen Bewerbern aussuchen zu können. In Bezug auf das Assessment muss man sagen, dass der Begriff weit gefasst ist. Ich möchte an den Entlisberg-Skandal erinnern. Seither gibt es auch beim Pflegepersonal ein Assessment. Auch dort, wo es um die psychologische Eignung im Umgang mit schwierigen Menschen geht, werden Assessments durchgeführt. Eine Begutachtung durch Aussenstehende ist nicht nur bei Top-Kaderpositionen sinnvoll. Es gibt Dienstabteilungen, in denen Bereichsleiter viel mehr Leute unter sich haben, als ein Dienstchef einer kleinen Dienstabteilung. Diese pauschale Behandlung wird der Vielfalt in der Stadt nicht gerecht. Die Exekutive braucht hier Handlungsspielraum.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Stadtrat Daniel Leupi hat das Problem der Personalwerbung in digitalen Medien benannt. Es fällt auf, dass die Polizei im Vergleich zu anderen Departementen sehr hohe Kosten für die Personalwerbung aufweist. Wir müssen hier wegen dem genannten Prinzip kürzen. Wenn für die Personalwerbung so viel Geld ausgegeben werden muss, ist das ein Zeichen dafür, dass bei der Stadtpolizei etwas nicht stimmt. Es ist bekannt, dass es mittlerweile für die Stadtpolizei schwierig geworden ist, Personal zu finden. Die Leute gehen lieber zur Kantonspolizei. Der hohe Bedarf an Personalwerbung ist Ausdruck dieses Missstands. Es besteht Misstrauen gegenüber der Führung der Stadtpolizei. Die Stadt hat Schwierigkeiten, die Polizeistellen zu besetzen. Wenn jemand Polizist werden möchte, kann er sich selber umsehen und bewerben. Wenn in der 20 Minuten geworben werden muss, finde ich das problematisch.*

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): *Ich möchte mich für das Postulat der GLP aussprechen. Ich betreibe eine Stellenbörse im Internet. Die genannten Ausnahmen sind sinnvoll. Dies betrifft das Tagblatt, also die amtlichen Publikationen und Fachpublikationen. Fachpublikationen sind sinnvoll, da viele Leute nicht auf Stellensuche sind, aber sich über Fachpublikationen weiterbilden.*

Marianne Aubert (SP): *Ich möchte mich zu den Inseraten auf digitalen Medien äussern. Die von Thomas Schwendener (SVP) geforderte Konsequenz ist problematisch. Einige Leute können nicht gut mit digitalen Medien umgehen. Es gibt Berufe, in denen sich die Personalsuche als schwierig erweist. Deshalb wollten wir eine Textänderung beantragen. Wenn man Leute sucht, muss man abwägen, was geeignet ist. Manchmal muss für Berufe Werbung gemacht werden.*

Stefan Urech (SVP): *Meine Vorredner haben erklärt, warum wir hier nicht mitmachen. Das Postulat ist eine Nebelpetarde. Wir haben immer wieder gefragt, warum nicht mehr Onlinewerbung betrieben wurde. Uns wurde immer gesagt, es sei eine begründete Ausnahme. Durch dieses Postulat wird sich nichts ändern.*

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): *Es geht darum, dass die Stadt keine Inserate mehr in der NZZ oder dem Tages Anzeiger publizieren soll. Die Publikation in Fachzeitschriften ist sinnvoll.*

Thomas Schwendener (SVP): Unsere Klientel hat nicht genug Geld, um sich entsprechende Fachzeitschriften zu kaufen. Unsere Klientel besitzt aber einen Computer. Die Leute lernen, mit Computern umzugehen. Wenn jemand eine Stelle bei der Stadt sucht, ist das eine Grundvoraussetzung.

Alan David Sangines (SP): Wir haben den Textänderungsantrag nicht gestellt. Ich möchte auf unsere Überlegungen eingehen. Wir bitten den Stadtrat, dies entsprechend zu prüfen. Es kann auch sinnvoll sein, in herkömmlichen Zeitungen und Lokalblättern Inserate zu schalten. Wir sprechen viel über das Zeitungssterben und Entlassungen von Journalisten. Wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, kann es sinnvoll sein, in Zeitungen Inserate zu schalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Man kann nicht einerseits das Geld für die Werbung einsparen und sich darüber beschweren, dass die Leute nicht mehr kommen, weil das Image beschädigt sei. Präsenz ist wichtig. Dies betrifft auch die Medienpräsenz. Landesweit gibt es Unterbestände im Polizeibereich. Die Kantonspolizei hat in den letzten Jahren das Dreifache für Werbung ausgegeben. Wir haben in der Stadt Konkurrenz durch Korps aus dem Aargau und St. Gallen. Wir benötigen eine starke Präsenz in Print- und Online-medien sowie durch Trampräsenz.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3092 0000	Personalwerbung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				gemäss Budgetentwurf 2017	
				inkl. Nachtrag	
003.	Antrag Stadtrat		615 200		Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Inserate online statt in Printmedien ausser Fachzeitschriften in begründeten Ausnahmen, Assessments erst ab Stufe Dienstchef, keine Reserven, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3092 0000 Personalwerbung					GLP
Inserate online statt in Printmedien ausser Fachzeitschriften in begründeten Ausnahmen, Assessments erst ab Stufe Dienstchef, keine Reserven					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	135 800	0	27 200	108 600
2080	Organisation und Informatik	180 000	0	20 000	160 000
2520	Stadtpolizei	736 400	0	175 000	561 400
2525	Stadtrichteramt	36 000	0	26 000	10 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	26 100	0	20 000	6 100
3515	Tiefbauamt	250 000	0	115 000	135 000
3535	ERZ, Abwasser	150 000	0	50 000	100 000
3550	ERZ, Abfall	174 000	0	60 000	114 000
4015	Amt für Städtebau	60 000	0	45 000	15 000
4020	Amt für Hochbauten	65 000	0	10 000	55 000

4035	Amt für Baubewilligungen	25 000	0	15 000	10 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	135 000	0	35 000	100 000
5063	Fachschule Viventa	25 500	0	7 000	18 500
5510	Support Sozialdepartement	120 000	0	10 000	110 000
	Total	2 118 800	0	615 200	1 503 600

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2530. 2016/441

Postulat der GLP-Fraktion vom 14.12.2016:

Personalwerbung, Publikation der Stelleninserate über digitale Medien

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2522/2016).

Thomas Schwendener (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 003.

Das Postulat wird mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2531. 2016/433

Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:

Externe Assessments zur Personalauswahl, Einsatz erst ab der Stufe Dienstchef/Dienstchefin

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dorothea Frei (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2501/2016).

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 003.

Das Postulat wird mit 110 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 006.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Auch dieser Antrag ist einstimmig. Dieser Antrag wirft einen Blick auf die Druckkosten der Stadt und er wirft einen Blick auf das Projekt Zurich Optimized Output Management (ZOOM). Durch ZOOM sollte die städtische Geräteflotte reduziert werden, die eingesetzten Geräte sollen optimaler und kostengünstiger genutzt werden. Die RPK hat einen Bericht über das Projekt von der Finanzkontrolle verlangt. Weil im Rahmen der Budgetkontrolle 2016 bereits mehrere Kostensteigerungen erfolgten, die von der Verwaltung mit dem Projekt ZOOM begründet wurden, obwohl das Ziel des Projekts eine Kostenreduzierung war, stellen wir nun diesen Antrag. Trotzdem müssen wir feststellen, dass bereits eine weitere Steigerung der Druckkosten in einzelnen Dienstabteilungen festzustellen ist. Ein Grund sind sicher die angestiegenen Klickkosten, die von der Swisscom veranschlagt wurden. Dies entspricht 2, respektive 3 % der Steigerung auf den aufgeführten Konten. Die Steigerung seit 2013 übertrifft dies bei Weitem. Mit dem vorliegenden Antrag soll die Zielsetzung vom Stadtrat von 2014, also, dass man von knapp 5500 Blatt auf 4000 gedruckte Blätter pro Stellenwert bis 2020 kommen soll, unterstützt werden. Bis 2020 soll sich die Anzahl Druckblätter pro Schülerin und Schüler stabilisieren. Es ist wünschenswert, die Nutzung der verschiedenen Möglichkeiten differenzierter auswerten zu können. Dies würde dazu beitragen, die Zielsetzungen und Steuerungsmöglichkeiten aktiver gestalten zu können.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag		
		374 300		Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	Trotz ZOOM müssen Kosten für Druck eingedämmt werden, zurück auf Rechnungsschnitt 2013-2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle	

3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					GLP
Trotz ZOOM müssen Kosten für Druck eingedämmt werden, zurück auf Rechnungsschnitt 2013 bis 2015					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	473 600	0	110 000	363 600
3515	Tiefbauamt	201 000	0	18 000	183 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	325 000	0	50 000	275 000
4525	Wasserversorgung	223 300	0	23 300	200 000
5010	Schulamt	275 100	0	50 000	225 100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	87 000	0	17 000	70 000
5520	Laufbahnenzentrum	150 300	0	40 000	110 300
5550	Soziale Dienste	490 000	0	50 000	440 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	174 900	0	16 000	158 900
	Total	2 400 200	0	374 300	2 025 900

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 007.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Hier geht es um Fachliteratur und Zeitschriften. Die RPK beantragt eine Reduktion auf das Niveau 2015.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3102 0000	Fachliteratur und Zeitschriften			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag		
		33 000		Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Weniger Fachliteratur, zurück auf Rechnungsschnitt 2013 bis 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3102 0000 Fachliteratur und Zeitschriften					GLP	
Trotz ZOOM müssen Kosten für Druck eingedämmt werden, zurück auf Rechnungsschnitt 2013 bis 2015						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
2080	Organisation und Informatik	64 900	0	18 000	46 900	
5010	Schulamt	59 100	0	15 000	44 100	
	Total	124 000	0	33 000	91 000	

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Bei diesem Tabellenantrag geht es um die Reise- und Spesenentschädigungen des Personals. Wir haben das Budgetbuch angeschaut und verschiedene Konten herausgenommen und wollen insgesamt 211 900 Franken einsparen. Im Vergleich zum Originalbudget sind es 759 200 Franken. Wir wollen rund ein Drittel einsparen. In der Privatwirtschaft wird bei Einsparungen auch bei den Reise- und Spesenentschädigungen angesetzt, weil dies Posten sind, die dem Personal nicht schaden. Es werden nicht alle Spesen gestrichen, es wird nur ein Stück abgeschnitten. Die Leute müssen überlegen, welche Reisen sich lohnen. Dies schadet nicht.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit findet die Begründung für den Listenantrag nicht plausibel. Es gibt Anträge in der Detailbehandlung.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		211 900		Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Reisespesen minimieren, da höherer Bedarf nicht einsichtig, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3170 0000 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					SVP
Reisespesen minimieren, da höherer Bedarf nicht einsichtig					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1501	Kultur	89 800	0	30 000	59 800
1505	Stadtentwicklung	70 000	0	34 000	36 000
1530	Bevölkerungsamt	45 000	0	13 000	32 000
1565	Stadtarchiv	20 000	0	8 000	12 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	35 000	0	10 000	25 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	67 800	0	13 800	54 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	69 000	0	24 000	45 000
4020	Amt für Hochbauten	166 600	0	22 600	144 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	50 600	0	11 000	39 600
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	44 000	0	21 000	23 000
5050	Schulgesundheitsdienste	78 400	0	13 000	65 400
5063	Fachschule Viventa	23 000	0	11 500	11 500
	Total	759 200	0	211 900	547 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 009.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): In den Anträgen 009, 010 und 011 geht es um dasselbe Thema. Wir haben am Anfang über die Personalkosten gesprochen. Dienstleistungen Dritter sind ein Posten, der in der Stadt in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist. Ich möchte einige Zahlen präsentieren. In der Rechnung 2013 wurden 198 Millionen Franken, 2014 212 Millionen Franken, in der Rechnung 2015 208 Millionen Franken und im Budget 2016 262 Millionen sowie im Budget 2017 277 Millionen Franken veranschlagt. Die Ausgaben sind somit von rund 200 Millionen Franken auf 277 Millionen Franken gestiegen. Uns ist bewusst, dass die Rechnung nicht dasselbe ist wie das Budget. Allerdings stiegen die Ausgaben auch im Vergleich zum Budget 2016 um 15 Millionen Franken, also um rund 8 %. Wir wollen deswegen bei denjenigen Institutionen, bei de-

nen das Budget gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist, zurück zum Stand der Rechnung 2015 und legen 3 % für das Bevölkerungswachstum dazu. Damit werden diejenigen, die bereits gekürzt haben, nicht bestraft. Es geht wirklich um diejenigen, die in diesem Bereich ausgebaut haben. Wenn gesagt wird, in der Rechnung würde es nicht so schlimm kommen, ist genug Spielraum vorhanden, um dies bereits im Budget abzubilden.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Liste zufällig zusammengestellt worden ist. Viele Dienstabteilungen haben geschlossene Rechenkreise oder sie werden durch Gebühren finanziert, was keinen Einfluss auf die Rechnung hat. In den Einzelanträgen wird derselbe Betrag beantragt, jedoch bezieht sich der Antrag zielgenau auf einzelne Konten, auf denen man ungefähr weiss, was damit passiert.

S. --- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	7 708 300		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Rechnung 2015 plus Langjahresvergleich + 3 % für Bevölkerungswachstum, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter					FDP	
Rechnung 2015 plus Langjahresvergleich + 3 % für Bevölkerungswachstum						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu	
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	100 000	0	23 500	76 500	
1530	Bevölkerungsamt	5 502 000	0	109 000	5 393 000	
1565	Stadtarchiv	130 000	0	25 500	104 500	
2016	Kompetenzzentrum RVZ	120 000	0	27 400	92 600	
2021	Liegenschaftenverwaltung	50 000	0	13 400	36 600	
2022	Wohnliegenschaften	1 072 000	0	32 100	1 039 900	
2023	Liegenschaften ehemalige Gasversorgung	68 000	0	38 500	29 500	
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	451 000	0	61 800	389 200	
2027	Gewerbe-Immobilien	1 850 000	0	232 300	1 617 700	
2030	Baurechte gemeinnütziger Wohnungsbau	100 000	0	95 400	4 600	
2031	Wohnsiedlungen	2 821 000	0	93 700	2 727 300	
2050	Human Resources Management	389 300	0	158 200	231 100	
2080	Organisation und Informatik	3 678 000	0	546 000	3 132 000	
2500	SID Zentrale Verwaltung	121 900	0	46 600	75 300	
2506	Blaue Zonen	210 000	0	49 200	160 800	
2520	Stadtpolizei	3 885 500	0	538 800	3 346 700	
2525	Stadtrichteramt	2 210 000	0	97 100	2 112 900	
2550	Schutz und Rettung	3 151 900	0	219 600	2 932 300	
3000	GUD Zentrale Verwaltung	368 200	0	178 800	189 400	
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	2 627 500	0	182 400	2 445 100	
3535	ERZ, Abwasser	13 695 100	0	1 500 000	12 195 100	
3550	ERZ, Abfall	21 569 400	260 000	1 000 000	20 829 400	
4525	Wasserversorgung	3 918 100	0	373 200	3 544 900	
5000	SSD Zentrale Verwaltung	339 300	0	81 100	258 200	
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	100 000	0	10 300	89 700	

5010	Schulamt	5 413 900	0	1 100 000	4 313 900
5050	Schulgesundheitsdienste	1 688 900	0	277 800	1 411 100
5063	Fachschule Viventa	110 200	0	11 400	98 800
5500	SD Zentrale Verwaltung	702 000	0	37 000	665 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	99 000	0	42 200	56 800
5550	Soziale Dienste	1 500 000	0	285 200	1 214 800
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 217 100	0	220 800	996 300
	Total	79 259 300	260 000	7 708 300	71 811 000

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 010.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): In der Rechnung 2015 sind 41 Millionen Franken eingestellt, im Budget 2017 76 Millionen Franken. Ein Zurückgreifen auf die Rechnung 2015 und ein Zuschlag für das Wachstum der Stadt sind gerechtfertigt.

Walter Angst (AL): Insbesondere die Streichung von 9,6 Millionen Franken bei den Wohnsiedlungen ist seltsam. Es ist ein geschlossener Rechnungskreis. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Liste zufällig zusammengestellt worden ist. Viele Dienstabteilungen haben geschlossene Rechnungskreise oder sie werden durch Gebühren finanziert, was keinen Einfluss auf die Rechnung hat. In den Einzelanträgen wird derselbe Kürzungsbetrag beantragt, jedoch bezieht sich der Antrag zielgenau auf einzelne Konten, auf denen man ungefähr weiss, was damit passiert. Dieser Antrag ändert am Resultat nichts. Wenn diese Streichung durchkommt, darf nichts mehr geplant werden. Dies betrifft den Salzweg, Heineken und weitere Wohnprojekte. Alle diese Projekte werden abgewürgt. Bei der IMMO würde die Planung der Schulhäuser nicht mehr durchgeführt werden können.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		21 615 900		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Rechnung 2015 + 10 % Wachstum Stadt und einzelne Spezialfälle, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter					FDP
Rechnung 2015 + 10 % Wachstum Stadt + einzelne Spezialfälle					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2022	Wohnliegenschaften	3 281 000	0	1 886 000	1 395 000
2025	Restaurants	1 617 000	0	817 000	800 000
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	7 800 000	0	2 000 000	5 800 000
2031	Wohnsiedlungen	13 242 000	0	9 663 800	3 578 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	517 000	0	32 600	484 400
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	336 000	0	176 300	159 700
3535	ERZ, Abwasser	1 991 000	0	400 000	1 591 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	29 726 000	0	6 640 200	23 085 800
	Total	58 510 000	0	21 615 900	36 894 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): Auch wenn wir hier eine Kürzung beantragen, müssen wir den Stadtrat loben, dass er im Vergleich zum Budget 2016 2 Millionen Franken weniger eingestellt hat.

Walter Angst (AL): Es handelt sich hierbei um einen Antrag, bei dem man keine Ahnung hat, was passiert. Deshalb sollte er abgelehnt werden.

S. --- 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3186 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		2 748 800		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Rechnung 2015 plus Langjahresvergleich + 3 % für Bevölkerungswachstum, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3186 0000 Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter					FDP
Rechnung 2015 plus Langjahresvergleich + 3 % für Bevölkerungswachstum					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2015	Finanzverwaltung	100 000	0	90 000	10 000
2050	Human Resources Management	833 900	118 000	334 000	617 900
2080	Organisation und Informatik	2 908 000	0	888 000	2 020 000
2550	Schutz und Rettung	195 000	0	44 900	150 100

3000	GUD Zentrale Verwaltung	79 000	0	31 600	47 400
3010	Städtische Gesundheitsdienste	335 200	0	268 500	66 700
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	100 000	0	90 000	10 000
3550	ERZ, Abfall	362 500	0	211 800	150 700
4015	Amt für Städtebau	75 000	0	33 900	41 100
4020	Amt für Hochbauten	100 000	0	30 000	70 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	320 000	0	180 000	140 000
4525	Wasserversorgung	67 500	0	29 700	37 800
5010	Schulamt	535 200	0	442 700	92 500
5550	Soziale Dienste	180 000	0	73 700	106 300
	Total	6 191 300	118 000	2 748 800	3 560 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 012. und 013. (Postulat GR Nr. 2016/439)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Wir haben in der Budgetdebatte für das Jahr 2014 eine Debatte über die Entwicklung der IT-Kosten geführt. Wir wissen, dass das Projekt zur neuen IT-Strategie umgesetzt wurde. Es erfolgte eine Zentralisierung, Kosten können mittlerweile kontrolliert werden. Die Situation ist übersichtlich. Aufgrund der in der Budgetberatung eingeforderten Daten ist klar, dass die IT-Kosten gleichzeitig stark steigen. Im Budget stehen jetzt 251 Millionen Franken. Vor drei Jahren haben wir gesagt, dass eine Plafonierung bei 230 Millionen Franken angemessen wäre. Das Wachstum der Ausgaben ist bemerkenswert. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass man die jetzt eingestellten Projekte nochmals überprüfen und eine Reduktion von 6,2 Millionen Franken anstreben soll. Es handelt sich um einen moderaten Betrag. Die OIZ soll sich mit den Dienstabteilungen zusammensetzen und schauen, welche Projekte sistiert oder zurückgestellt werden können. Es ist klar, dass unsere Liste nicht genau umgesetzt werden kann. Es wird zu Budgetübertragungen kommen. Wir haben dies schon 2013 gesagt. Bei den ersten Zusatzkrediten 2014 wurden die Budgetübertragungen beantragt. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass das Reduktionsziel auf Budgetebene erreicht werden kann. Es handelt sich um keinen Entscheid auf Projektebene, sondern um einen Entscheid auf Ebene des Gesamtbetrags. Im Postulat geht es um dasselbe. Es soll überprüft werden, welche Projekte priorisiert werden sollen. Die Plafonierung soll gesetzt werden. Ein ähnliches Postulat wurde bereits 2013 eingereicht. Die Umsetzung erfolgte nur halbzeitig. Es ist ein Auftrag, dort nochmals hinzuschauen und beim künftigen Budget einen reduzierten Betrag einzustellen.

Michael Baumer (FDP): Grundsätzlich teilen wir die Ansicht der Mehrheit. Wir finden aber, dass es sinnvoller ist, den Schnitt der Rechnungen 2013 bis 2015 zu nehmen und diesen aufgrund des Bevölkerungswachstums zu erhöhen. Dies muss reichen. In den Rechnungen 2013 bis 2015 waren je ungefähr 48 Millionen Franken eingestellt. Aktuell liegen wir bei 60 Millionen Franken auf dem Gesamtkonto. Gerade bei der IT lohnt es sich, mit Jahresschnitten zu rechnen, weil die Software meist gemietet und nicht mehr alles eingekauft wird.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Traber (CVP): Wir befanden uns während der Entscheidungsfindung in der RPK in der Enthaltung, weil sich die Beträge immer wieder änderten. Wir wechseln zur Mehrheit.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir nehmen das Postulat entgegen und sind bereit, die IT-Kosten zu überprüfen. Dank IT sind wir in der Lage, die geforderte Effizienz zu erzielen. Das Steueramt kann beispielsweise mit demselben Personalbestand 30 000 zusätzliche Steuererklärungen bearbeiten. Es gibt hinsichtlich der gesetzlichen Anforderungen immer mehr Bedingungen an die IT. Die IT ist unverzichtbar. Wir erwarten eine zunehmende Digitalisierung. Es ist nicht möglich, die IT-Kosten noch weiter zu senken. Der Stadtrat wird das Postulat prüfen. Es gibt Projekte, die zwingend notwendig sind. Es gibt einen gewissen Spielraum, aber es braucht zwingend Kreditübertragungen. Eine Zwischenjahreskonferenz mit Subgremium ist nicht realisierbar. Wir versuchen, die IT so effizient wie möglich einzusetzen. Wir werden auch mit Zusatzkrediten auf Sie zukommen, wenn Kreditübertragungen teilweise nicht möglich sein sollten.*

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3189 0000	Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
012.	Antrag Stadtrat			gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	
			6 250 000		Mehrheit
			12 203 300		Minderheit
					Enthaltung
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
					Christian Traber (CVP)
		Begründung:	AL: Reduktion IT-Budget von 251 auf 245 Millionen, Kreditübertragungen sind möglich, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle; FDP: Schnitt Rechnungen 2013, 2014, 2015 + 3 % für Bevölkerungswachstum, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter						AL
3153 0000 Unterhalt IT-Anlagen Software						
Reduktion IT-Budget von 251 auf 245 Millionen Franken. Kreditübertragung möglich.						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter						
2080	Organisation und Informatik	25 921 800	0	2 000 000	23 921 800	
2520	Stadtpolizei	2 480 000	0	400 000	2 080 000	
2550	Schutz und Rettung	2 750 600	0	400 000	2 350 600	
3535	ERZ, Abwasser	1 283 500	0	300 000	983 500	
3550	ERZ, Abfall	1 024 000	0	500 000	524 000	
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 740 000	0	400 000	2 340 000	
5010	Schulamt	657 000	0	550 000	107 000	
5510	Support Sozialdepartement	1 495 000	0	300 000	1 195 000	
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 776 300	0	400 000	2 376 300	
3153 0000 Unterhalt IT-Anlagen Software						
2080	Organisation und Informatik	20 692 000	0	1 000 000	19 692 000	
	Total	61 820 200	0	6 250 000	55 570 200	

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter					FDP
Schnitt der Rechnungen 2013, 2014, 2015 + 3 % für Bevölkerungswachstum					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1565	Stadtarchiv	140 000	0	48 300	91 700
2015	Finanzverwaltung	120 000	0	48 600	71 400
2021	Liegenschaftenverwaltung	760 000	0	386 400	373 600
2050	Human Resources Management	264 900	0	166 800	98 100
2080	Organisation und Informatik	25 921 800	0	5 000 000	20 921 800
2506	Blaue Zonen	135 000	0	11 900	123 100
2520	Stadtpolizei	2 480 000	0	532 900	1 947 100
2550	Schutz und Rettung	2 750 600	0	1 308 800	1 441 800
3000	GUD Zentrale Verwaltung	80 000	0	61 200	18 800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	950 000	0	841 100	108 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	283 500	0	199 500	84 000
3515	Tiefbauamt	250 000	0	27 600	222 400
3535	ERZ, Abwasser	1 283 500	0	223 200	1 060 300
3550	ERZ, Abfall	1 024 000	0	326 000	698 000
3555	ERZ, Fernwärme	250 000	0	31 300	218 700
4000	HBD Zentrale Verwaltung	805 000	0	91 200	713 800
4015	Amt für Städtebau	450 000	0	69 000	381 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 740 000	0	902 200	1 837 800
5010	Schulamt	657 000	0	650 600	6 400
5510	Support Sozialdepartement	1 495 000	0	85 700	1 409 300
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 776 300	0	788 200	1 988 100
5520	Laufbahnenzentrum	439 000	0	402 800	36 200
	Total	46 055 600	0	12 203 300	33 852 300

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(gemäss Budgetentwurf 2017)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-6 250 000)	80 Stimmen
Antrag Minderheit	(-12 203 300)	<u>42 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2532. 2016/439

Postulat von Walter Angst (AL) vom 07.12.2016: Erneute Prüfung der Budgets- bzw. Rechnungs-Plafonds für die IT-Ausgaben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 014.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Das Konto weist gegenüber den Rechnungen 2013 bis 2015 eine Differenz auf. Es lag bislang immer unter 100 000 Franken. Für 2017 ist die Ausschreibung der Abstimmungszeitung und weiterer Unterlagen für Urnengänge, Stimmrechtsausweise, Stimmzettel, Couverts, und Antwortcouverts eingeplant. Dafür wurden Reserven eingeplant. Die RPK ist der Ansicht, dass die Ausschreibung bei einem Budget in Höhe von 100 000 Franken durchgeführt werden kann.

S. 94	10 1000 3180 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinde Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat		25 000		125 000 100 000	Zustimmung Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Keine Reserve einplanen, Budget bisher nicht ausgeschöpft, Rechnungen 2013 bis 2015 weit unter Fr. 100 000			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 015.

Kommissionsreferent:

Raphaël Tschanz (FDP): Es geht in diesem Antrag darum, die Anlage so anzupassen, dass jeweils die Antragsnummer angezeigt wird. So weiss man immer, worüber debattiert wird.

S. 96	10 1005 3189 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat			5 000	10 500 15 500	Zustimmung
						Enthaltung
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Erweiterung Abstimmungsanlage im Rat, detailliertere Anzeige			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): *Der Betrag dient nicht der Kompensation. Das Konto wurde nie genutzt, der Stadtrat hat genug Möglichkeiten für solche Aktionen. Deshalb wollen wir das Konto auflösen.*

Dorothea Frei (SP): *Der Stadtrat hat das Geld noch nie ausgegeben. Es erfolgte bereits eine Reduktion von 10 500 auf 7500 Franken. Wir glauben, dass der Stadtrat mit dem Geld umgehen kann.*

S. 102	10 1015 3107 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtrat Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat				7 500	Minderheit
				7 500		0 Mehrheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Nicht nötig, wurde auch nicht genutzt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 017.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Auf dem Konto sind seit 2015 Korrektoratsaufwände für Stadtratsbeschlüsse budgetiert. Deshalb lassen sich die Rechnungen 2013 und 2014 nicht als Vergleich hinzuziehen. Der Differenzbetrag beträgt inzwischen 110 000 Franken. Der Budgetbetrag in Höhe von 170 000 Franken für das Korrektorat ist überdotiert. Analog bezieht sich dies auch auf die anderen Budgetposten.

S. 105	10 1020 3180 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat		50 000		270 000 220 000	Zustimmung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	Keine Reserve einplanen, Budget bisher nicht ausgeschöpft, Rechnungen 2015 unter Fr. 200 000		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 018.

Kommissionsreferent:

Michael Baumer (FDP): Es geht hier um eine Korrekturbuchung. Es gibt in der Stadt einen Stellenplan. Es ist klar, dass dieser nie ganz ausgeschöpft werden kann. Wir wollen auch nicht, dass er vollkommen ausgeschöpft wird. Aus diesem Grund haben wir die Differenz zwischen Sollstellenwerten und der Rechnung abgezogen. Wir haben den Betrag ohne Lehrpersonen genommen, weil dort der Kanton teilweise verantwortlich ist.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3010 0801	Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat	19 400 000		0	
				-19 400 000	Zustimmung
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung
					Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Abzug der Differenz der Stellenwerte zwischen Budget 2015 und Rechnung 2015		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 019.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): Wir haben schon beim ersten Antrag über Stellen diskutiert. Es soll kein Entlassungsprogramm durchgeführt werden. Wir sind der Ansicht, dass die Hälfte der Fluktuation des zweiten Halbjahrs nicht mehr ersetzt werden soll. Wir haben 1,9 % Fluktuation. Wir fordern somit eine Kürzung um 19 Millionen Franken. Dadurch, dass es sich um einen Pauschalabzug handelt, hat der Stadtrat die notwendige Flexibilität für die Umsetzung. Dies wäre ein massgeblicher Beitrag zu Reduktion des Stellenwachstums. In gewissen Bereichen muss ausgebaut werden. Wenn man mehr Schüler hat, braucht es mehr Lehrer. Es muss gleichzeitig aber auch entschieden werden, wo Stellen nicht mehr notwendig sind.

Florian Utz (SP): Der Antrag führt im Gegensatz zum Antrag der SVP nicht dazu, dass viele Entschädigungen und Abfindungen für unverschuldete Entlassungen bezahlt werden müssen. Er führt nichtsdestotrotz dazu, dass die Stadt 1,9 % weniger Personal haben wird. Wenn wir die 1,9 % einigermaßen gleichmässig verteilen, bedeutet dies für die Stadtpolizei 32 Frontstellen weniger, bei den Rettungssanitätern 3 Stellen weniger, bei der Feuerwehr eine Reduktion um 5 Stellen, bei der Pflege eine Reduktion um 54 Stellen, bei Ärztinnen und Ärzten 11 Arztstellen weniger; für die Betreuung in den Alterszentren gäbe es 19 Stellen weniger. Es käme zu einem deutlich spürbaren Personalabbau. Es müssten 409 Stellen abgebaut werden. Dies ist nicht möglich ohne Leistungsabbau. Der Antrag führt zu weniger Sicherheit, einer Reduktion von Gesundheit und Pflege.

Weitere Wortmeldungen:

Peter Schick (SVP): Wir wechseln von der Enthaltung zur Minderheit.

Shaibal Roy (GLP): Das Grundproblem ist, dass bei der Stadt eine sehr tiefe Fluktuation besteht. Sie liegt auch nicht in den Bereichen, in denen wir über Nicht-

Wiederbesetzungen diskutieren könnten. Dies betrifft insbesondere die engere Verwaltung. Dort liegt die Fluktuation bei weitem nicht bei 5 %. Dort, wo die Fluktuation höher ist, ist die entsprechende Stellenbesetzung nötig. Dies betrifft Bildung, Gesundheit und niederschwelligere Jobs. Es soll keinen linearen Aufbau von Stellen geben. Es soll zu Effizienzgewinnen kommen und einen vernünftigen, gezielten Aufbau geben. Wir werden deshalb die gezielten Anträge bei den entsprechenden Dienstabteilungen unterstützen. Der allgemeine Antrag macht die Umsetzbarkeit auf der Stufe Stadt schwierig.

Stefan Urech (SVP): Hier erkennt man den Linksrutsch bei diesem Parlament. Vor einem Jahr machte die GLP denselben Antrag mit. Auch die SP hat vor einem Jahr bei Stellenstreichungen mitgemacht. Haben Sie im Vergleich zu letztem Jahr eine Einbusse in der Lebensqualität festgestellt?

Walter Angst (AL): Stefan Urech (SVP), ich muss Sie korrigieren. Die FDP hat hier ein neues Konto konstruiert, das letztes Jahr noch nicht existiert hat. Letztes Jahr haben wir 10 Millionen Franken auf dem letzten Konto gekürzt. Es handelte sich um einen radikalen Rechtsrutsch, wenn wir jetzt 20 Millionen kürzen und dann noch einzelne Konten reduzieren würden.

Roger Liebi (SVP): Es handelt sich mehr oder weniger um denselben Antrag, der Ende 2015 gestellt wurde. Auch damals ging es um die zweite Jahreshälfte und um 1,5 %. Ich verstehe die GLP und ihre grundsätzliche Begründung nicht, die sich völlig von der letztjährigen Begründung unterscheidet. Am Anfang der Debatte verkündete Walter Angst (AL), unser Kürzungsantrag sei unzumutbar. Mit diesem Antrag müssen keine Leute entlassen werden. Es handelt sich um einen Pauschalantrag. Wir müssen versuchen, das Ruder herumzureissen. Ich frage mich, wo das passieren soll. Auch die AL sprach von der Plafonierung. Wann soll diese anfangen? Wenn man die Fluktuation nicht ausnutzen will, muss man Entlassungen aussprechen. Andere Möglichkeiten gibt es nicht.

S. ---	10 1060 3010 0802	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für nicht wieder besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat				0 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
			19 767 600		-19 767 600 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Fluktuationen des Verwaltungs- und Betriebspersonal von 1,9 % in der zweiten Jahreshälfte nicht ersetzen (ohne Lehrkräfte, Personal in Ausbildung und Teilnehmenden an Einsatzprogrammen)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): *Mit dem Novemberbrief wurde eine Erhöhung um 5,25 Millionen Franken beantragt. Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat hat dies mit der hohen Erwartungsrechnung begründet. Mich erstaunt, dass die Rechnung als angemessene Betrachtungsmöglichkeit angesehen wird. Dann könnten wir auch auf den Budgetprozess verzichten und sagen, dass die Erwartungsrechnung positiv würde. Deshalb ist es richtig, die Lohnmassnahmen für 2017 nach dem budgetierten Betrag zu bewerten. Wir haben eine negative Teuerung, es ist nicht so, dass die Löhne der Angestellten von der Teuerung aufgeessen würden. Die Lohnmassnahmen sind nicht gerechtfertigt. Wenn beim Stellenwachstum nicht gespart werden kann, müssen die Personalkosten auf diese Weise reduziert werden.*

Dorothea Frei (SP): *Der Stadtrat hat diese Massnahme mit dem guten Rechnungsabschluss angekündigt. Es gibt ein Plus von 175 Millionen Franken. Das Personal soll von diesem Abschluss profitieren können, denn es hat dazu beigetragen, dass dieser gute Abschluss möglich war. Der Stadtrat schlägt eine Korrektur der Matrix vor.*

Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Seit vielen Jahren hat das Personal der Stadt Lohnmassnahmen in Höhe von rund 1 %, die über die Teuerung hinausgehen. Der Stadtrat hat schweren Herzens als Teil der Massnahmen 17/0 die Lohnmassnahmen gekürzt. Es wurden weitere Massnahmen erarbeitet. Sie werden dieses Jahr bei den Pensionskassengeschäften darüber beschliessen. Die Lohnmassnahmen anerkennen, dass das Personal eine gewisse Lohnentwicklung erkennen soll. Es geht einerseits darum, die Erfahrung zu nutzen. Wenn die Leute gute Qualifikationen erhalten, soll eine gewisse Entwicklung möglich sein. Die Leistung soll honoriert werden. Mit diesen Kürzungsmassnahmen werden auch Menschen, die hervorragende Leistungen erbringen, nur wenig Geld zusätzlich erhalten. Dies ist nicht motivierend. Diese Menschen haben bei der Stadt geringe bis keine Perspektiven. Wenn wir einen Gewinn erwirtschaften, zu dem das Personal einen Beitrag geleistet hat, wäre es unverständlich, dass das Personal das eine Prozent nicht mehr erhält. Wir benötigen dieses Prozent für eine sinnvolle Lohnentwicklung. Die Bevölkerung ist mit dem Personal sehr zufrieden. Es handelt sich bei diesem Kürzungsantrag um eine grosse Geringschätzung des Personals. Der Stadtrat überprüft die Lohnmassnahmen jährlich.*

Shaibal Roy (GLP): *Bei diesem Antrag ist die GLP entschieden gegen eine Rückgängigmachung des Gemeinderatsbeschlusses. Wir waren der Ansicht, dass Lohnmassnahmen vollkommen gestrichen werden sollen, haben jedoch von einem Antrag abgesehen. Wir haben eine Negativeuerung und eingeplante Budgetdefizite. Dies ist unabhängig vom voraussichtlichen Rechnungsabschluss. Gleichzeitig Lohnmassnahmen einzuplanen, ist das falsche Signal an das Personal. Wie soll sich die Erwartungshaltung des Personals entwickeln, wenn es tatsächlich Teuerung geben sollte? Nächstes Jahr werden wir voraussichtlich eine positive Teuerung haben. Was werden wir tun, wenn wir kein negatives Budget und positivere Rechnungsabschlüsse haben werden? Der Stadtrat setzt mit den Lohnmassnahmen falsche Signale. Es werden falsche Anreize gesetzt.*

Roger Liebi (SVP): *Die Angestellten in der städtischen Verwaltung leisten gute Arbeit.*

Wir anerkennen das. Wenn gesagt wird, dass diejenigen, die den Kürzungsantrag stellen, das Personal strafen, dann stellt sich die Frage, was die Alternative wäre. Wenn die Lohnsumme und die Anzahl Stellen ausgeweitet werden, bleibt für Einzelne nicht mehr übrig. Würde auf eine Stellenausweitung verzichtet, dann wären Lohnerhöhungen für das bestehende Personal möglich. Es handelt sich um keine Totalkürzung. Es steht noch etwas zur Verfügung. Das muss man anerkennen. Die städtischen Angestellten sind nicht diejenigen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Das Gesamtpaket besteht nicht nur aus dem Lohn, sondern auch aus vielen anderen Komponenten. Steuerung ist nicht nur über den Lohn möglich. Die Stadt ist auch aus anderen Gründen attraktiv. Ich freue mich, dass die Erträge um 150 Millionen Franken gestiegen sind. Es handelt sich sicher um Steuererträge auch von Banken. Banken entlassen Menschen, damit sie mehr Steuern zahlen können. An Ihrer Stelle würde ich mir darüber Gedanken machen und mich darüber aufregen. Das interessiert Sie nicht, weil es Geld in die Kasse der Stadt spült und dem städtischen Personal zugutekommt. Die Stadt profitiert von den Aktiengewinnen der Flughafen Zürich AG, obwohl sie gegen den Flughafen ist. Die Stadt profitiert von den Bankengewinnen, die teilweise auch mit Entlassungen zustande kommen. Das ist interessant. Ich vermisse die Gesamtsicht. Man fragt sich nicht, woher die Gewinne kommen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Stadtrat Daniel Leupi hat bereits ausgeführt, dass es ein Akt der Wertschätzung ist, Gewinne an diejenigen zurückzuführen, die einen Teil dazu beigetragen haben. Das ist das, was seitens der Bürgerlichen normalerweise vertreten wird. Ein motivationaler Faktor ist neben dem Inhalt der Arbeit, dem Arbeitsklima auch der Lohn. Wenn man gute Arbeit leistet, soll sie anerkannt werden. Lohnsteigerungen sind in der Privatwirtschaft auch normal. Wir haben in der Stadtverwaltung sehr gute Mitarbeitende. Wir haben einen sehr guten Service Publique. Seit Jahren haben wir keine generellen Lohnerhöhungen. Wir haben einen leistungsabhängigen Lohn. Wir hatten in den letzten Jahren nicht genug Mittel, um allen, die gute Arbeit geleistet haben, auch eine Lohnerhöhung zu gewähren. Das ist nicht gut für die Motivation und das Arbeitsklima. Es ist nicht gut für eine faire Lohnskala. Es ist eine Anerkennung dessen, was seit Jahren nicht gleichmässig ausgeführt werden konnte. Wenn man die Privatwirtschaft anschaut, liegen die Lohnerhöhungen zwischen 1 und 2 %. Die UBS prognostiziert eine Teuerung um 0,6 %. Wir haben keine negative Teuerung. Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren gestiegen. Am Schluss bleibt netto weniger übrig. 1 % ist eine faire, nötige Anpassung der Löhne in der aktuellen Situation.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich habe vorher mit Stadtrat Daniel Leupi gesprochen. Er hat mich beinahe überzeugt. Wenn man negative Teuerung hat, steigt die Kaufkraft. Dennoch gibt es keine Lohnkürzungen.

Karin Weyermann (CVP): Ich möchte auf Stadtrat Daniel Leupi replizieren und im Anschluss etwas zu Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagen. Stadtrat Daniel Leupi hat gesagt, Lohnmassnahmen würden wegen den Massnahmen 17/0 budgetiert. Wir haben ein Defizit budgetiert. 17/0 wurde somit nicht erreicht. Eine Erhöhung der Lohnmassnahmen ist nicht gerechtfertigt. Wir haben Lohnmassnahmen. Die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern besteht. Ich arbeite beim Kanton und erhalte dieses Jahr keine Lohnmassnahmen. Ich werde meine Stelle nicht kündigen. Ich arbeite in einem Bereich, in dem ich nichts zu einer positiven Rechnung des Kantons beitragen kann. Im gleichen Büro befindet sich das Statthalteramt. Sie können viele Gebühren einnehmen und somit etwas für die Rechnung des Kantons tun. Ich weiss nicht, ob sie mehr Anrecht auf Lohnmassnahmen haben als ich. Gute Arbeit soll geschätzt werden.

Markus Kunz (Grüne): Wenn Mario Babini (parteilos) nur aufgrund seiner ökonomi-

schen Kenntnisse entscheidet, kann er den Lohnmassnahmen zustimmen. Im Warenkorb, durch den die Teuerung berechnet wird, sind gewisse Dinge, die teurer werden, nicht enthalten, so zum Beispiel die Krankenkasse. Wir haben Teuerungsfaktoren.

Duri Beer (SP): Es waren 64 Millionen Franken, durch die das Personal dazu beitrug, dass die Rechnung letztes Jahr um 150 Millionen Franken besser geworden ist. Es wurden Stellen nicht besetzt, die Lohnmatrix wurde halbiert und es gab Massnahmen bei der Pensionskasse. Ich verzichte auf die weiteren Argumente. Es geht um den Erhalt der Kaufkraft. Die Krankenkassenprämien sind nicht im Warenkorb enthalten. Das Bild ist verzerrt. In der Stadt gibt es 27 000 Angestellte, rund die Hälfte lebt in der Stadt. Diese Menschen unterstützen unser Gewerbe.

S. ---	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3010 0858	Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
020.	Antrag Stadtrat				
					9 850 000 Minderheit
					5 250 000 N
			5 250 000		9 850 000 Mehrheit
					Stimmen
					Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
					Begründung: Lohnmassnahmen bei Negativteuerung und Budgetdefizit nicht gerechtfertigt

Der Rat stimmt dem Antrag von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	NEIN
001	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN

119	Brunner	Alexander	FDP	JA
052	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
165	Büniger	Pablo	FDP	JA
003	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
033	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
062	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
015	Frei	Dorothea	SP	NEIN
044	Früh	Anjushka	SP	NEIN
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	NEIN
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
045	Kraft	Michael	SP	NEIN
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	NEIN
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA

101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
042	Manz	Mathias	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
051	Marti	Elena	Grüne	NEIN
154	Marty	Christoph	SVP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
125	Osbah	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
111	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
178	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	NEIN
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
171	Steger	Heinz F.	FDP	--
046	Steiner	Jonas	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA

166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urban	Michel	SP	NEIN
110	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
061	Ziswiler	Vera	SP	NEIN

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 020a.

Dr. Mario Babini (parteilos) stellt folgenden Antrag zum Budget: Es geht mir hier nicht direkt um eine Einsparmöglichkeit, sondern um eine budgetneutrale Verschiebung einer Position, die bald diskutiert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Ich verstehe noch immer nicht, wovon es geht. Soweit ich das verstehe, geht es darum, hier 652 500 Franken einzusparen und diese bei der Entwicklungshilfe wieder einzustellen. In Afrika hat sich nach über 60 Jahren Entwicklungshilfe die Situation nicht verbessert. Etliche Vertreter der Entwicklungshilfe sagen, dass Entwicklungshilfe nichts bringt. Entwicklungshilfe ist nicht Aufgabe der Stadt. Es handelt sich um keinen wirklichen Sparantrag.

Dorothea Frei (SP): Wir stimmen dem Antrag zu. Auf diesem Konto gibt es einen gewissen Spielraum, auch wenn wir mit der Begründung Mühe haben.

Shaibal Roy (GLP): Wir freuen uns immer wieder über Spontananträge. Wir haben aber auf diesem Konto gezielte Kürzungsanträge. Dieser Antrag ist willkürlich. Die Verbindung mit der Entwicklungshilfe ist problematisch, da die Einheit der Materie nicht gegeben ist.

S. ---	10 1060 3107 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
020a.	Antrag Stadtrat	652 500		0
				-652 500
	Begründung:	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit sind ineffizient und ineffektiv. Deshalb Reduktion des Budgets um Fr. 500 000 (zusätzlich zu den konkreten Streichungen im Betrag von voraussichtlich Fr. 152 000)		
				Dr. Mario Babini (parteilos)

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) mit 62 gegen 61 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Der Gemeinderat hat 2013 entschieden, dass Personalparkplätze kostendeckend vermietet werden sollen. Dadurch sollte eine Subvention durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vermieden werden. Das Hochbaudepartement hat ein entsprechendes Reglement erarbeitet. Dieses ist im Stadtrat pendent. Da das Reglement vorliegt, ist die Mehrheit der Ansicht, dass der Stadtrat nur noch zustimmen muss. Eine Verbesserung des Budgets ist möglich.

Christian Traber (CVP): Florian Utz (SP) hat fast alles richtig dargestellt. Andererseits muss ich den Stadtrat verteidigen. Der Betrag ist aus der Luft gegriffen. Es ist unklar, wann das Reglement in Kraft tritt. Die Kürzung hat wenig mit Budgetwahrheit zu tun.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Wir befanden uns in der Enthaltung, aber die Argumentation von Christian Traber (CVP) hat uns überzeugt.

S. ---	10 1060 4273 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Vergütung für Benutzung von Verwaltungsparkplätzen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			500 000		- 500 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Reglement für kostendeckende Gebühren für Personalparkplätze wird demnächst im Stadtrat verabschiedet			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 022.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Betriebsämter budgetieren einige Stellen zu viel. Wir sind der Ansicht, dass sich dies über Zusatzkredite abwickeln lässt.

S. 111 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
 1070 **Betreibungsämter**
 3010 0000 **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
022.	Antrag Stadtrat	370 000		12 983 200		
				12 613 200	Zustimmung	Präsident Walter Angst (AL), Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine Reserven budgetieren, bei Bedarf Zusatzkredit beantragen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Persönliche Erklärung:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten von Dr. Mario Babini (parteilos) beim Antrag 020a.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 131, Beschluss-Nr. 2529/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2016, 21 Uhr.